

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung der Informationskommission
zum Kernkraftwerk Neckarwestheim
am 26.10.2015 in der Reblandhalle Neckarwestheim

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung und Annahme der Tagesordnung
2. Aktuelles
3. Handlungsanleitung zur Entsorgung freigemessener Abfälle auf Deponie
 - 3.1. Konsequenzen aus dem Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG)
 - 3.2. Inhalt der Handlungsanleitung
 - 3.3. Kontrolle der ordnungsgemäß durchgeführten Freimessung durch die TÜV SÜD ET
4. Mischoxid-Brennelemente
5. Verschiedenes
6. Nächste Sitzung

Beginn 18:00 Uhr

Ende 20:55 Uhr

Als Mitglieder der Kommission sind anwesend:

Detlef Piepenburg als Vorsitzender (Landrat des Landkreises Heilbronn)
Dr. Utz Remlinger (Erster Landesbeamter des Landkreises Ludwigsburg)
Mario Dürr (Bürgermeister Neckarwestheim)
Monika Chef (Bürgermeisterin Gemmrigheim)
Patrick Holl (Bürgermeister Beilstein)
Ralf Zimmermann (Bürgermeister Großbottwar)
Albrecht Dautel (Bürgermeister Walheim)
Daniel Renkonen (Landtagsabgeordneter Bündnis 90/Die Grünen)
Thomas Reusch-Frey (Landtagsabgeordneter SPD)
Detlef Wiens (Landtagsabgeordneter FDP)
Jürgen Hellgardt (BUND Regionalstelle Heilbronn-Franken)
Harald Reinhardt (ver.di Heilbronn-Neckar-Franken)
Stefan Gölz (IHK Heilbronn-Franken)

Als Vertreter der atomrechtlichen Aufsichtsbehörde sind anwesend:

Gerrit Niehaus (Umweltministerium Baden-Württemberg)
Thomas Wildermann (Umweltministerium Baden-Württemberg)

Als Gast von Seiten des Betreibers ist anwesend:

Christoph Heil (Technischer Geschäftsführer Leistungsbetrieb Kernkraftwerke)

Entschuldigt sind:

Dr. Rainer Haas
Rainer Gräßle
Uwe Seibold
Friedlinde Gurr-Hirsch
Dr. Friedrich Bullinger
Wolfram Scheffbuch
Hans Heydemann

Dafür sind anwesend:

Dr. Utz Remlinger

Ralf Zimmermann

Detlef Wiens

Punkt 1 Eröffnung der Sitzung und Annahme der Tagesordnung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden in der Reblandhalle Neckarwestheim und eröffnet die zweite Sitzung der Informationskommission zum Kernkraftwerk Neckarwestheim im Jahr 2015. Er weist darauf hin, dass alle Vorträge der Sitzung auch auf der Internetseite der Kommission unter www.infokommission-gkn.de abrufbar seien.

Punkt 2 Aktuelles

Thomas Wildermann, Leiter des Referats 33 (Überwachung der Kernkraftwerke Neckarwestheim) im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg sowie Christoph Heil (Technischer Geschäftsführer Leistungsbetrieb Kernkraftwerke) berichten über aktuelle Vorgänge im Kernkraftwerk Neckarwestheim.

Herr Hellgardt möchte wissen, für welche Gefahrenabwehr der neu errichtete Dachflächenschutz gedacht sei.

Herr Wildermann erläutert, dass durch die Maßnahme der Schutz der Anlage gegen Störmaßnahmen und sonstige Einwirkungen Dritter weiter verbessert werde. Zu Details des Schutzkonzepts könne er keine Ausführungen machen, da diese der Geheimhaltung unterliegen würden.

Herr Hellgardt fragt, ob die Berechnung der Sulfatauslaugung am Standort offen gelegt werde.

Herr Wildermann führt aus, dass der Berechnung ein konkretes Modell für die Grundwassersituation am Standort zugrunde liegen würde. Dieses sei dem BUND im Rahmen einer UIG-Anfrage auch übersandt worden. In den bisherigen Berechnungen sei aufgrund von konservativen Schätzungen ein Wert (Uferfiltratanteil) von 20 % verwendet worden. Durch die geplante Untersuchung solle dieser Wert messtechnisch bestimmt werden.

Herr Reusch-Frey interessiert, welche Relevanz die Messung des Sulfats für die Anlage habe und bis wann mit Ergebnissen zu rechnen sei. Außerdem fragt er, ob es andere Methoden für die Messung der Seismologie am Standort Neckarwestheim geben würde.

Herr Wildermann erklärt, dass mit der Kenntnis der Grundwasserströme und der zugehörigen Sulfatwerte eine Sulfatbilanz für den Standort erstellt werden könne. Für neue Messmethoden zur Verbesserung der Kenntnis der Untergrundsituation am Standort sei man selbstverständlich jederzeit offen. Die bisher vorgeschlagenen neueren Methoden, einschließlich der von Hr. Dr. Behmel vorgeschlagenen, seien für den Standort aber aus unterschiedlichen Gründen nicht geeignet gewesen. Eine dauerhafte Überwachung der Untergrundsituation im Rahmen der Genehmigungsauflagen sei gewährleistet.

Punkt 3 Handlungsanleitung zur Entsorgung freigemessener Abfälle auf Deponie

Punkt 3.1 Konsequenzen aus dem Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG)

Herr Martin Kneisel vom Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg ist als Gast der Kommission anwesend und referiert ausführlich zu dem Thema „Konsequenzen aus dem Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG)“. Anschließend beantwortet er die Fragen der Ausschussmitglieder.

Punkt 3.2 Inhalt der Handlungsanleitung

Herr Anton Schwarz vom Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg ist als Gast der Kommission anwesend und stellt die „Handlungsanleitung zur Entsorgung freigemessener Abfälle auf Deponien in Baden-Württemberg“ vor. Anschließend beantwortet er die Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Renkonen möchte wissen, aus welchem Material die Abfälle größtenteils bestehen würden.

Herr Schwarz erklärt, dass es sich im Wesentlichen um Bauschutt handeln würde. Dieser stamme in großen Teilen aus Bereichen, die nicht mit Radioaktivität in Berührung gekommen seien.

Herr Hellgardt zeigt sich erstaunt über die Verpackung der Abfälle in Folien.

Herr Schwarz sagt, dass damit das Restrisiko minimiert werden solle.

Herr Hellgardt bewertet die geplanten Dokumentationen als fortschrittlich. Ihm würden allerdings noch genaue Mengenangaben fehlen.

Herr Schwarz erklärt, dass auf der Internetseite des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft die Freigabebescheide abrufbar seien. Das genaue Zahlenwerk werde aktuell für die Bereitstellung im Internet aufgearbeitet.

Christoph Heil (Technischer Geschäftsführer Leistungsbetrieb Kernkraftwerke) referiert zu dem Thema „Abfälle/Reststoffe aus Betrieb, Nachbetrieb und Abbau des Kernkraftwerks Neckarwestheim“.

Herr Renkonen erkundigt sich nach der Verteilung der Abfälle von GKN I und GKN II auf den Deponien.

Herr Remlinger erklärt, dass für die Deponien im Landkreis Ludwigsburg eine Menge von etwa 3.350 t erwartet werde. Die Aufteilung auf den Landkreisdeponien sei noch nicht beschlossen.

Landrat Piepenburg ergänzt, dass der Landkreis Heilbronn mit der Stadt Heilbronn einen Vertrag über die Ablagerung von Abfällen aus dem Landkreis auf der Deponie der Stadt Heilbronn geschlossen habe. Der Landkreis verfüge über keine eigenen, geeigneten Deponien für die Abfälle aus dem Rückbau.

Punkt 3.3 Kontrolle der ordnungsgemäß durchgeführten Freimessung durch die TÜV SÜD ET

Dr. Thomas Wilhelm von der TÜV SÜD Energietechnik GmbH ist als Gast der Kommission anwesend und stellt die „Kontrolle der ordnungsgemäß durchgeführten Freimessung durch die TÜV SÜD ET“ vor. Anschließend beantwortet er die Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Hellgardt möchte wissen, ob bei den Messungen die Zerfallsprodukte oder die aktiven Produkten gesucht werden würden.

Herr Dr. Wilhelm erklärt, dass es im großen Teil um aktive Einzelprodukte gehen würde.

Punkt 4 Mischoxid-Brennelemente

Thomas Wildermann, Leiter des Referats 33 (Überwachung der Kernkraftwerke Neckarwestheim) im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg und Christoph Heil, Technischer Geschäftsführer Leistungsbetrieb Kernkraftwerke, referieren zu dem Thema „Mischoxid-Brennelemente“ und beantworten die Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Renkonen fragt, ob die Brennelemente aus dem Zwischenlager direkt in das Endlager oder zuerst in die Wiederaufbereitung kommen würden.

Herr Wildermann führt aus, dass nach dem Atomgesetz seit 2005 keine Transporte zur Wiederaufarbeitung mehr zulässig seien.

Herr Hellgardt möchte wissen, ob Mischoxid-Brennelemente nachweislich für Betriebsstörungen verantwortlich gewesen seien.

Herr Heil erklärt, ihm sei kein Vorfall dieser Art bekannt.

Punkt 5 Verschiedenes

Der Vorsitzende erklärt, dass der Bund der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar e.V. vor der Sitzung seinen Austritt aus der Kommission erklärt habe. Er finde dies sehr schade, da die Kommission seiner Meinung nach auf einem hohen fachlichen Niveau gearbeitet habe. Eine Meinung müsse dann jeder für sich selbst bilden. Die Kommission diene jedoch nur dem Austausch von Informationen und nicht um politische Beschlüsse zu fassen.

Herr Hellgardt führt aus, dass der BUND Regionalverband Heilbronn-Franken die künftige Mitarbeit in der Kommission nur unter bestimmten Bedingungen für sinnvoll erachtet. Er bedauere es, dass Herr Scheffbuch und Herr Heydemann an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen würden. Die Frage sei, wie die Kommission in Zukunft weiterarbeiten solle. Mehr Transparenz sei ein wichtiges Ziel gewesen. Für ihn sei dieses nicht erreicht worden. Die Bevölkerung müsse stärker einbezogen werden. Auch die Öffentlichkeitsarbeit könne noch verbessert werden. Auch die Mitarbeit der Städte Stuttgart und Heilbronn sei erforderlich. Der Tagungsort solle auch seiner Sicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein und auch regelmäßig wechseln. Ein zentraler Punkt sei außerdem das Fragerecht der Zuschauer. Um eine Diskussion auf Augenhöhe führen zu können, seien auch Aufwandsentschädigungen für Vortragende notwendig.

Herr Niehaus erklärt, dass auch er den Austritt der Bürgerinitiativen bedauern würde. In der Kommission seien sehr viele Informationen geflossen, die zu einer höheren Transparenz beigetragen hätten. Eine politische Diskussion sei in diesem Gremium jedoch nicht möglich, auch keine politischen Entscheidungen. Die genannten Vorschläge könne man diskutieren, das Umweltministerium sei jederzeit gesprächsbereit.

Herr Reusch-Frey zeigt sich enttäuscht von den genannten Argumenten der Bürgerinitiativen. Die Fachlichkeit und Kompetenz sei von allen Seiten vorhanden gewesen.

Herr Renkonen führt aus, er sei ebenfalls überrascht von diesem Schritt, der für ihn nicht nachvollziehbar sei. Der Weiterbetrieb der Atomkraftwerke sei keine Diskussion, die in der Kommission oder im Landtag geführt werden könne. Auch sei es wichtig, demokratische Entscheidungen akzeptieren zu können. Die Bürgerinitiativen hätten sich die ganze Zeit an den Diskussionen fachlich beteiligt. Die aufgeführten Forderungen könne er teilweise nachvollziehen.

Herr Bürgermeister Dürr informiert an dieser Stelle noch über die Workshops zur Beteiligung an der Standortsuche für die Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe, an denen er als Standortbürgermeister teilnimmt.

Punkt 6 Nächste Sitzung

Für die nächste Sitzung der Informationskommission wird an dieser Stelle kein Termin festgelegt. Sobald Termin und Sitzungsort feststehen, werden diese auf der Internetseite der Informationskommission unter www.infokommission-gkn.de veröffentlicht. Die Einladung und Vorlagen gehen den Mitgliedern der Kommission rechtzeitig zu.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin: